

(s.o.) und wegen gewerkschaftlicher Proteste gegen die Verletzung der 6-Tages-Garantie nach 1992. Der neue Vertrag sieht relativ geringe Mindestlöhne vor, die wie bisher durch dreiseitige Lohnverhandlungen festgelegt werden. Dieser wird ergänzt durch preisabhängige (von den Auktionserlösen in Colombo) Lohnzuschläge. Kontrovers blieb bislang der Ausgleich der bisher nicht gewährten Anteile der Lebenskostenspau-schale. Bezüglich der 6-Tages-Garantie hatten die Managementgesellschaften das gesetzliche Erfordernis nach 1992 teilweise schlicht ignoriert und meist nur den PflückerInnen genug Arbeit angeboten. Die Gewerkschaften, insbesondere die CWC, die sich als einzige mit der Privatisierung im Prinzip einverstanden erklärt hatte, kamen unter heftigen Druck der Arbeiter für ihre Rechte einzustehen; nach einigem Zögern schloß sich die CWC dem (von Maskeliya ausgehenden Streik) im Herbst 1995 an. Mit der Verhandlung des neuen Mantel-tarifvertrages erreichten Gewerkschaften und Unternehmen eine informelle Verständigung darüber, daß die Unternehmen 280 bzw. 300 Tage Arbeit pro Jahr garantieren, wenn sich die Gewerkschaften dem Transfer der Arbeitskräfte innerhalb der gleichen Region nicht widersetzen. Mit steigender Produktivität der Plantagen glauben die Gesellschaften die Kosten der Arbeitszeitgarantie ohne weiteres tragen zu können.

Eine Schlüsselbedingung für die Aufgabe des Widerstandes gegen die Privatisierung war für die CWC die Übertragung des Wohnraums und der Hausgär-

ten auf die Arbeiter (sie gehörten bislang den Plantagen) bzw. die Arbeitergenossenschaften gewesen. 1993 wurde ein 'Plantation Labour Housing and Social Welfare Trust Fund' eingerichtet, finanziert durch eine Abgabe der Teeindustrie und internationale Entwicklungshilfe (von Norwegen und den Niederlanden), der verantwortlich ist

- für die Finanzierung neuer Wohneinheiten auf den Plantagen in Selbsthilfe (die Arbeiter erhalten das Baumaterial über einen vergünstigten Kredit) und

- die Aufbesserung der bestehenden Einheiten (v.a. der Dächer).

Die neuen privaten Gesellschaften bleiben verantwortlich für die Aufrechterhaltung und Reparatur der überkommenen "line-rooms". Die Arbeitergenossenschaften wurden ab 1995 zu bilden versucht, offenbar nicht gerade unter besonderem Enthusiasmus der Arbeiter, so daß der Trust Fund aufgerufen wurde, die Bildung zu ermutigen. Der Transfer der Eigentumsrechte steht zusätzlich vor der Schwierigkeit, daß die Grundstücke katastermäßig erfaßt werden müßten. Würde dies geschehen, würde sich der ganze Prozeß über Jahre erstrecken. Daher plädieren die Gewerkschaften im Gegensatz zur Regierung für eine Übertragung nach Wohnheitsrecht und auf der Grundlage einer bloßen Ortsbesichtigung.

#### Vorläufiges Fazit

Es ist noch zu früh, um das finanzielle Resultat der Privatisierung abschließend beurteilen zu wollen. Allerdings wurden

schon unter privatem Management die Verluste der Gesellschaften deutlich verringert. Sie gingen von 1,4 Milliarden Rupien (1993) auf 974 Millionen (1994) und 121 Millionen in der ersten Jahreshälfte 1995 zurück. Bis zum Jahresende 1995 war fast jede Gesellschaft aus den roten Zahlen heraus; der Gesamtgewinn belief sich auf 90 Millionen Rupien. Ermöglicht wurde dieser Umschwung sicher auch durch besseres Wetter und ansteigende internationale Teepreise, sicher aber auch schon durch eine bereits sichtbare Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Angesichts politischer Widerstände gegen das Privatisierungsprogramm (durch kleinere Partner der regierenden Volksallianz), die meisten Gewerkschaften und wirtschaftsnationalistischer Befürchtungen wegen Übernahme durch Gebietsfremde sowie dem gedrückten Aktienmarkt in Colombo wurde das Mandat der 'Private Enterprise Commission' mittlerweile bis Ende 1997 verlängert. Die Gewerkschaften wollen für die Zukunft, daß eine Aufsichtsbehörde für die Plantagensgesellschaften geschaffen wird, die über ihr wirtschaftliches und soziales Verhalten wacht und vom Urteil hierüber die Verlängerung der Pachtverträge abhängig macht.

(PD Dr. Joachim Betz ist Ltd. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Übersee-Institut und Privatdozent an der Universität Hamburg; einschlägige Veröffentlichung: ders., Rohstoffe und Entwicklung. Teewirtschaft und Teepolitik in Sri Lanka, Indien und Kenia, Hamburg, 1993.)

## Das Demokratie-Verständnis sinhalesischer 'Nationalisten' und ihre Position gegenüber Nichtregierungsorganisationen (NGO)

von Jayadeva Uyangoda

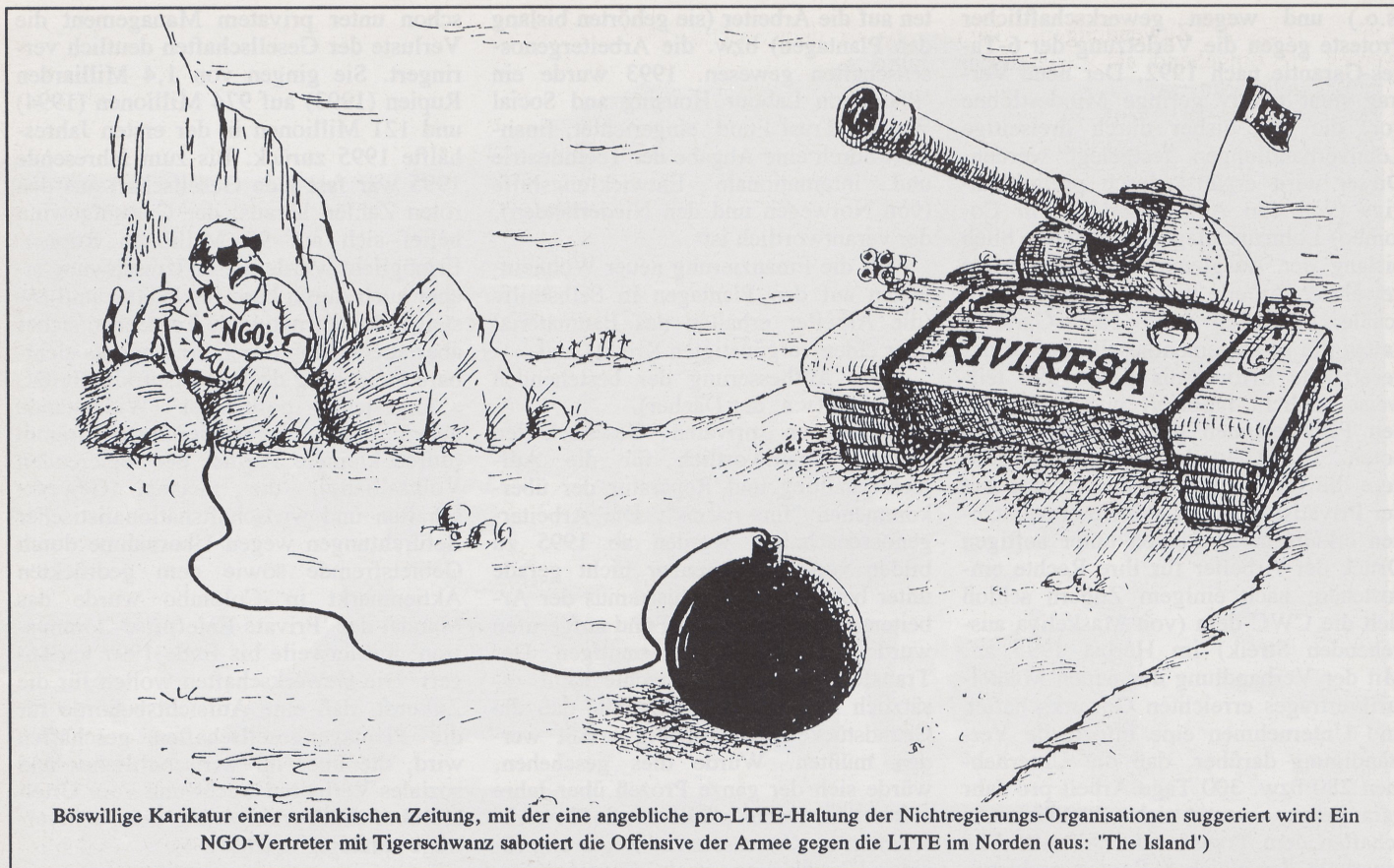
**Sind die NGOs (Nicht-Regierungs-Organisationen) ausländische Agenten? Schaden die Aktivitäten der NGOs den nationalen Interessen Sri Lankas? Gibt es eine Zusammenarbeit zwischen NGOs und den 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE)? Wie einflußreich sind die NGOs wirklich? Sollten NGOs nicht gänzlich verboten oder deren Aktivitäten doch zumindest kontrolliert und eingeschränkt werden? Dies ist eine Auswahl von Fragen, die im Rahmen der gegenwärtigen Anti-NGO-Kampagne in den Medien Sri Lankas aufgeworfen werden.**

Eine kleine ultra-nationalistische Gruppe in der Bevölkerung vertritt einen derart extremen Standpunkt, wie er in den oben genannten Fragen zum Ausdruck kommt. Ultra-nationalistische Tendenzen tauchen immer wieder dann in der Presse auf, wenn eine breit angelegte öffentliche Debatte über den ethni-

schon Konflikt zwischen Tamilen und Sinhalesen geführt wird. Bezeichnenderweise konzentrieren sich die Wortführer der Anti-NGO-Kampagne immer auf solche Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise für Frieden und Menschenrechte engagieren.

Bevor im einzelnen auf die gegen die

NGOs erhobenen schweren Vorwürfe eingegangen wird, sollten zuerst Struktur und Funktion der verschiedenen Organisationen in Sri Lanka dargestellt werden. NGOs sind genau das, was ihr Name vorgibt: nicht regierungsgebundene Organisationen, die von Bürgern für besondere Aufgaben im öffentlichen



Böswillige Karikatur einer srilankischen Zeitung, mit der eine angebliche pro-LTTE-Haltung der Nichtregierungs-Organisationen suggeriert wird: Ein NGO-Vertreter mit Tigerschwanz sabotiert die Offensive der Armee gegen die LTTE im Norden (aus: 'The Island')

oder sozialen Bereich ins Leben gerufen werden. Dies können Nachbarschaftsvereine, Rentnerclubs oder Fördervereine von Tempeln sein mit einem in der Regel klar umrissenen Aktionsrahmen. Auch Menschenrechts-, Umweltschutz- und Entwicklungshilfe-Gruppen zählen ebenso zu den NGOs wie beispielsweise Frauenorganisationen; derartige NGOs engagieren sich häufig auf überregionaler Ebene. Aufgrund der vielfältigen Tätigkeitsbereiche der verschiedenen NGOs ist es sehr schwierig, diese sinnvoll zu kategorisieren. Ein entscheidendes Unterscheidungskriterium zwischen Wirtschaftsunternehmen und NGOs besteht darin, daß letztere nicht profit-orientiert arbeiten.

Die gegenwärtig laufende Kampagne richtet sich nicht gegen die Gesamtheit der NGOs, sondern insbesondere gegen solche Gruppen, die sich in den vergangenen Jahren in der innenpolitischen Debatte engagiert und weitreichende Reformen in den Bereichen Demokratisierung, Menschenrechte, Frieden, Wahlen oder Pressefreiheit gefordert haben. Ein Aspekt, der verschiedene NGOs verdächtig erscheinen läßt, besteht sicherlich darin, daß führende Persönlichkeiten aus den attackierten Gruppen früher zum Teil in radikalen politischen Bewegungen aktiv waren und ihre politischen und weltanschaulichen Positionen mit großer Konsequenz vertreten. Die Teilnahme dieser Personen an öffentlichen Debatten und Diskussionen hat sie dar-

über hinaus einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht.

#### Agenten ausländischer Mächte?

Dieser 'Verdacht' basiert im wesentlichen auf zwei Tatsachen: Einerseits werden die NGOs in der Regel aus dem Ausland finanziert, andererseits bestehen enge Verbindungen zu Ausländern und ausländischen Organisationen. Es ist kaum vorstellbar, aus diesen Tatsachen ernsthaft einen Spionageverdacht konstruieren zu wollen, aber es wird versucht. Überträgt man diese Sichtweise auf all diejenigen Organisationen, die mit finanziellen Mitteln aus dem Ausland unterstützt werden, dann wird die Lächerlichkeit dieses Gedankengangs offensichtlich. Im Sinne dieser absurden Argumentation wäre dann Anagarika Dharmapala, der die buddhistische 'Mahabodhi Society' vor vielen Jahrzehnten gründete, ein ausländischer Agent, da seine Organisation Tausende von Dollars von reichen AmerikanerInnen mit zweifelhaftem Ruf erhielt. Anagarika unterhielt persönliche, religiöse und geschäftliche Kontakte mit vielen Ausländern und die Art und Weise, wie er führende buddhistische Mönche öffentlich angriff und neue religiöse Praktiken in den Buddhismus integrierte, hätten ihn potentiell zu einem gefährlichen ausländischen Spion gemacht. Niemand würde es jedoch heute wagen, eine so bedeutende Persönlichkeit wie

Anagarika in dieser Weise zu diskreditieren. Darüber hinaus hatte er das Glück, daß zu seinen Lebzeiten keine derartige Anti-NGO-Hysterie existierte.

In diesem Zusammenhang ist auch eine andere Frage von Bedeutung: Erhalten nur NGOs finanzielle Unterstützung aus dem Ausland? Es ist kein Geheimnis, daß verschiedene politische Parteien, die direkt auf den politischen Entscheidungsprozeß in Sri Lanka Einfluß nehmen, finanziell aus dem Ausland unterstützt wurden. Folgt man der oben skizzierten Argumentation, dann hieße das, daß die politischen Parteien des Landes ausländische Agenten wären. Viele buddhistische Tempel erhalten überlebenswichtige Hilfe aus dem Ausland. Sind also die Mönche in diesen Tempeln staatschädigende Spione? Oder besteht die Regierung Sri Lankas, die einen Großteil der ausländischen finanziellen Mittel erhält, aus Agenten der gefährlichsten Art? Kein vernünftiger Mensch würde zu einer solch irrwitzigen Schlußfolgerung kommen. Die Regierung versucht gegenwärtig sogar, in großem Stil privates Investitionskapital nach Sri Lanka zu holen und gewährt dafür Steuerfreiheit und erleichterte Bedingungen für den Gewinntransfer ins Ausland; Konzessionen, die vor wenigen Jahren als Wirtschaftsverbrechen verfolgt worden wären. Wenn jedoch Menschenrechts- oder Umweltschutz-Gruppen aus dem Ausland unterstützt werden, einige von diesen NGOs erhalten in der Tat

hohe finanzielle Zuwendungen, dann werden sie umgehend als ausländische Agenten gebrandmarkt.

Das 'Spionage-Argument' ist eng verbunden mit einer von bestimmten Kreisen bewußt forcierten Ideologie der Xenophobie, die, trotz ihrer eigenen persönlichen oder geschäftlichen Beziehungen zum Ausland, in jeder Verbindung ins Ausland eine Gefährdung der inneren Sicherheit Sri Lankas sehen.

### Verletzung nationaler Interessen und Bedrohung der inneren Sicherheit?

Dieses Argument existiert seit 1988 und basiert auf einem ominösen Drohbrief, den verschiedene NGOs in Colombo, die im politischen Bereich forschen und publizieren, im August und September 1988 erhielten. Dieser mit 'A.K. 007' unterzeichnete Brief enthielt ein klares Ultimatum und bezichtigte die NGOs anti-nationalistischer Aktivitäten. Als anti-nationalistisch galten zum Beispiel die Forschungstätigkeit im Hinblick auf den ethnischen Konflikt in Sri Lanka. Darüber hinaus beschuldigte man die Organisationen, Forschungsdaten und Informationen an Ausländer zu verkaufen. Der Brief endete mit der ultimativen Drohung, sich binnen einer Woche zu seinen unpatriotischen Machenschaften zu bekennen, andernfalls würde es zu Strafaktionen kommen.

Das Argument der Bedrohung der nationalen Sicherheit hat eine stark sinhalaisisch-chauvinistische und anti-intellektuelle Konnotation. Die einzig 'erlaubte' intellektuelle und politische Aktivität hat sich nach dieser Sichtweise im Rahmen der vom sinhalaisischen Buddhismus geprägten nationalen Traditionen zu bewegen. Für die Vertreter dieser Traditionen existiert kein ethnisches Problem in Sri Lanka und sie fordern, daß die Minderheiten des Landes unter der Hegemonie der sinhalaisischen Majorität leben sollen. Der intellektuell-korrekte Standpunkt im Sinne dieser sinhalaisischen 'Nationalisten' geht davon aus, daß die Vorväter bereits vor Tausenden von Jahren die Grundlagen für Wissenschaft, Technologie, Mathematik und Ingenieurwesen entwickelt haben. Forschung ist nur dann legitim, wenn dabei das 'Recht' des Staates, Menschenrechte von Minderheiten verletzen zu können, verteidigt oder die Theorie befürwortet wird, rebellische Minderheiten allein mit militärischen Mitteln unter Kontrolle zu bringen. Solche Auswüchse 'politischer Korrektheit' sind leider heute zu einem festen Bestandteil der intellektuellen sinhalaisischen Kultur geworden, die Diszens zurückweist, alternative Standpunkte und Einschätzungen nicht akzeptiert und jegliches abweichendes Verhalten als anti-national brandmarkt.

Es ist demgegenüber keine Übertreibung zu sagen, daß die gegenwärtig zu beobachtende Wiederbelebung des Konzepts der 'ethnischen Demokratie' im wesentlichen auf das Engagement von NGOs bzw. Institutionen und Personen, die diesen nahestehen, zurückgeführt werden kann. Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre war es die unabhängige Zeitschrift 'Lanka Guardian', die mit ihren Beiträgen die Forderungen nach ethnischer Gleichheit, Gerechtigkeit und Fairness in Sri Lanka wiederbelebte. In der Folge sammelten sich um den 'Lanka Guardian' alle progressiven und demokratischen Kräfte, um in einer Zeit, da der Staat eine geradezu rassistische Politik verfolgte, für die Minderheitenrechte einzutreten. Später konnte sich die 'Social Scientists Association' mit Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen zu ethnischen Fragen einen Namen machen. In den 80er und 90er Jahren entstanden diverse NGOs, wie 'Movement for Inter-Racial Justice and Equality', 'Information Monitor on Human Rights', 'Women for Peace', etc., die sich für die Rechte der tamilischen Minderheit in Sri Lanka einsetzten. Was diese Gruppen vereint, ist die Vision von der Schaffung eines demokratischen Sri Lankas, in dem die Menschenrechte konsequent durchgesetzt werden. Wenn ultra-nationalistische Sinhalaisen die Aktivitäten der NGOs als bedrohlich für die nationale Sicherheit des Landes darstellen, dann ist dies nur Ausdruck von extremer Engstirnigkeit und Intoleranz.

Wenn Nicht-Regierungs-Organisationen für die Verteidigung von Demokratie- und Menschenrechten kämpfen, dann existiert eine klare Unterscheidung zwischen der Bevölkerung auf der einen und dem Staat auf der anderen Seite. Ein entscheidender Aspekt des allgemeinen Menschenrechts-Gedankens besteht darin, daß das Individuum nicht willkürlich den Interessen eines Staates unterworfen werden darf. Hier existiert ein potentieller Konflikt mit staatlichen Interessen, insbesondere dann, wenn dieser Staat in einen militanten Konflikt mit einem Teil der eigenen Bevölkerung verwickelt ist. Der Kampf für Demokratie in multi-ethnischen Gesellschaften ist immer auch ein Kampf für die Demokratisierung der zwischen-ethnischen Beziehungen.

Repression und gewaltsame Übergriffe von seiten des Staates auf Minderheiten können nicht ernsthaft mit dem Argument gerechtfertigt werden, daß das Verhalten dieser Minoritäten nicht dem entspricht, was von ihnen im Interesse des Staates 'erwartet' wird. Begriffe wie nationale Sicherheit und staatliche Souveränität verlieren ihre Bedeutung, wenn Menschenrechte und demokratische Minderheitenrechte nicht zur Anwen-

dung kommen.

Heute ist nicht nur in Sri Lanka, sondern auch in anderen sich entwickelnden Ländern, ein insofern bedenklicher Prozeß zu beobachten, als daß das Ausmaß von autoritärer Repression des Staates gegenüber seinen Bürgern zunimmt. Sich dieser problematischen Entwicklung in Sri Lanka entgegenzustellen und die Bevölkerung für die Erhaltung demokratischer Rechte mobilisiert zu haben, muß als eines der größten Verdienste der in diesem Bereich aktiven NGOs anerkannt werden. Sie waren es, die gegen staatliche Repression auf die Straße gingen, als die Oppositionsparteien und andere politische Kräfte durch eigene Schuld oder Manipulationen der regierenden Partei ohne jeden Einfluß waren. Darüber hinaus muß berücksichtigt werden, daß der Erfolg der 'Peoples Alliance' im Jahre 1994 ohne das vorhergehende Engagement der NGOs in dieser Form nicht möglich gewesen wäre.

Derartige Überlegungen haben natürlich in der engstirnigen, von ethnischen Vorurteilen geprägten sinhalaisischen 'Vorherrschafts-Ideologie' keinen Platz. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn chauvinistische sinhalaisische Intellektuelle wütend andere sinhalaisische Intellektuelle als Verräter beschimpfen, wenn diese den Staat dazu auffordern, der durch den Bürgerkrieg entwurzelten tamilischen Bevölkerung humanitäre Hilfe zukommen zu lassen.

Weder Menschenrechte noch demokratische Rechte dürfen nach ethnischen Kriterien definiert und angewendet werden, denn eine repressive staatliche Politik kann sich, wie in den Jahren 1988/89 deutlich geworden ist, leicht auch gegen Teile der Bevölkerungsmajorität richten.

In der Auseinandersetzung zwischen demokratischen und reaktionären Kräften hat immer die Frage nach dem Verhältnis von nationaler Sicherheit und Souveränität einerseits und dem Garantieren der Menschenrechte andererseits eine herausragende Rolle gespielt. Bemerkenswerterweise haben die führenden Politiker Sri Lankas in der Vergangenheit die Menschenrechts-NGOs nur sehr selten attackiert; Ausnahmen waren F.D. Bandaranaike und L. Athulathmudali.

### Konspiration mit der LTTE?

Das vernichtendste Argument, das man gegenwärtig verwenden kann, um seinen Gegner zu denunzieren und zu terrorisieren, besteht darin, ihn der Konspiration mit der LTTE zu bezichtigen. Im Moment ist eine derartige 'Dämonisierung' vieler NGOs zu beobachten. Jemanden heutzutage als Unterstützer der LTTE zu denunzieren, kann ähnlich verheerende Wirkungen haben,

wie jemanden in der McCarthy-Ära als Kommunisten zu brandmarken. Die Dämonisierungs-Kampagnen haben ihre Wirkung insofern nicht verfehlt, als NGO-Treffen an verschiedenen Orten von einem aufgebrachten Mob attackiert wurden. In einer solchen Atmosphäre der Hysterie sind die Mitarbeiter von NGOs an Leib und Leben bedroht.

Trotz der Absurdität des dargestellten Gedankengangs ist es sinnvoll, zu untersuchen, wie es zu dieser Konspirations-Theorie gekommen ist. Der erste Vorwurf, der gegen verschiedene NGOs erhoben wurde, besteht darin, daß diese die LTTE finanziell unterstützt haben sollen; andere Organisationen wurden bezichtigt, als Tarnorganisation für die LTTE tätig zu sein. Es gibt im Norden des Landes zweifellos Organisationen wie Gewerkschaften, Frauenorganisationen oder Händlerorganisationen, die pro-LTTE eingestellt sind. Entscheidend in der Argumentation der sinhalesischen 'Nationalisten' ist jedoch, daß mit dem Verweis auf solche Einzelgruppen der Eindruck erzeugt wird, der ganze NGO-Sektor vertrete die Interessen der LTTE.

Darüberhinaus wurden internationale Hilfsorganisationen, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) oder das Internationale Rote Kreuz, die in den Konfliktgebieten der Zivilbevölkerung helfen, der Kooperation mit der LTTE verdächtigt. Dabei werden vereinzelte Vorfälle, in die Mitarbeiter dieser NGOs verwickelt sind, massiv hochgespielt, um zu beweisen, daß hier eine aktive Unterstützung der LTTE stattgefunden hat. Diejenigen, die diese Anschuldigungen erheben, beweisen nur, daß sie praktisch keine Ahnung von humanitärer Hilfe in Kriegsgebieten haben, sei es in Sri Lanka oder anderswo. Sie würden es lieber sehen, wenn die Tamilen, durch Hunger und fehlende medizinische Versorgung gezwungen, aufgeben müßten. Die tamilischen Zivilisten, so die Einschätzung sinhalesischer Extremisten, können nicht einerseits die LTTE unterstützen und dann andererseits auf Hilfe durch die Regierung Sri Lankas hoffen.

Internationale Hilfsorganisationen sind in Situationen bewaffneter Konflikte präsent, weil sie im Gegensatz zu den Konfliktparteien in der Lage sind, die Zivilbevölkerung zu schützen und zu versorgen. Diese Organisationen verfügen über die notwendigen logistischen und materiellen Kapazitäten, um nachhaltig helfen zu können. Wenn also Mitglieder einer in den Konflikt verwickelten ethnischen Gemeinschaft von den internationalen Hilfsorganisationen unterstützt werden, dann ist es absurd anzunehmen, dieses Engagement richte sich gegen die andere involvierte ethnische Gruppe. Darüber hinaus muß berücksichtigt wer-

den, daß keine der im Nordosten aktiven NGOs ohne die Genehmigung der Regierung Sri Lankas dort tätig sein könnte.

Für NGOs im Süden des Landes ist der Vorwurf, die LTTE zu unterstützen, geradezu lebensgefährlich. Die provozierte Atmosphäre von Haß und militanter Feindschaft hat bereits zu Übergriffen auf NGO-Aktivistinnen geführt. Die von Teilen der Medien und Bürokratie angeheizte Konspirations-Kampagne artet in eine Politik des Hasses aus, die Gewalt gegen die NGOs provoziert.

Gerade im Zusammenhang mit der propagierten Verschwörungstheorie muß darauf hingewiesen werden, daß die fundierteste und weitreichendste kritische Auseinandersetzung mit der LTTE in Veröffentlichungen von NGOs stattgefunden hat, die noch vor kurzem als pro-LTTE und Unterstützer der katholischen Kirche gebrandmarkt wurden. Der Herausgeber von 'Yukthiya', der in den vergangenen Jahren systematisch die faschistoide Politik der LTTE mit hervorragend recherchierten Berichten aufgedeckt hatte, wurde kürzlich von einem wütenden Mob zusammengeschlagen, da diese ihn für einen 'Kotiya' (Tiger) hielten.

#### Sind NGOs ein 'Staat im Staate'?

Dieses Argument wird nicht nur von Rassisten verwendet, sondern auch von einigen Regierungspolitikern und Bürokraten. Vor einigen Monaten warnte mich ein prominenter Politiker: "Glauben Sie nicht, daß Ihr von den NGOs eine Regierung innerhalb der Regierung aufbauen könnt, dies werden wir niemals zulassen." Ich war zu dieser Zeit in die Verhandlungen zwischen der Regierung und der LTTE involviert, doch war nicht das der Auslöser für diese Warnung, viel wichtiger waren meine Verbindungen zu NGOs.

In modernen Demokratien haben die Politiker und die staatlichen Funktionäre nicht länger das Monopol auf die Gestaltung des politischen Entscheidungsprozesses in einem Land. Wenn auch bisher nur gelegentlich, so setzten doch heute organisierte Gruppen von engagierten Bürgern politische Akzente und Prioritäten und beeinflussen damit den politischen Entscheidungsprozeß. Dies ist für eine positive Entwicklung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft von herausragender Bedeutung. Nur durch informierte und politisch aktive Bürger, die im Gegensatz zu vielen Politikern praktisch die politische Basis darstellen, wird Demokratie lebendig. Die Auffassung vieler Politiker, die politische Einflußnahme des Bürgers beschränke sich auf die Abgabe seiner Stimme bei den Wahlen und ansonsten

hätten ihn politische Entscheidungsprozesse nicht zu interessieren, kann nur als extrem anachronistisch bezeichnet werden. Durch NGOs werden Interessen, Defizite und Strömungen artikuliert, die in einer pluralistischen Gesellschaft existieren und dabei gelingt es diesen Gruppen oft in viel größerem Maße als Politikern oder der Bürokratie, der öffentlichen politischen Debatte Konturen zu verleihen.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das von der 'Peoples Alliance' vorgestellte Reformpaket das Ergebnis eines Diskussionsprozesses zwischen den politischen Parteien und der Gemeinschaft der demokratischen NGOs gewesen ist. Nimmt man zum Beispiel den Bereich der Verfassungsreformen, dann wird deutlich, daß, während die Oppositionsparteien unter dem Slogan "Abschaffung des Präsidialsystems" gegen die UNP-Regierung Front machten, verschiedene NGOs bereits damit beschäftigt waren, konkrete Vorschläge für eine Verfassungsreform auszuarbeiten. Ähnlich war es 1978, als es um die Modifizierung des Wahlrechts ging, und NGOs umgehend die Wahlsysteme anderer Länder studierten. Auch als diskutiert wurde, die Menschenrechte stärker als bisher in der Verfassung zu verankern, spielten die NGOs eine führende Rolle. Diese Form der Mitarbeit ist für das Funktionieren einer Demokratie von großer Bedeutung, denn sie gewährleistet, daß im Rahmen eines konstruktiven Dialogs zwischen Parteien und NGOs ein hohes Maß an Partizipation der Bevölkerung erreicht wird.

#### Kontrolle der NGOs?

NGOs haben heute einen festen Platz in modernen Demokratien. Sie sind von entscheidender Bedeutung für die Umsetzung weitreichender Partizipation der Bevölkerung. Es liegt in der Natur der Sache, daß Staat und Regierung sich mit den NGOs auseinandersetzen müssen, seien diese nun mit Politikern und Parteien verbunden oder nicht. Jeder Bürger (und damit auch Gruppen von Bürgern) hat das verfassungsmäßige Recht, sich auf unterschiedliche Weise am politischen Entscheidungsprozeß zu beteiligen. In diesem Sinne widerspricht es jedem modernen Demokratieverständnis, NGOs als nationale Feinde zu denunzieren und zu attackieren, nur weil diese die politische Entwicklung kritisch begleiten und hinterfragen. Eine Gesellschaft, die die Existenz von NGOs nicht duldet, hat nicht das Recht, sich als Demokratie zu bezeichnen.

(Der Autor ist Berater der Präsidentin Kumaratunga. Übersetzung: O. Stege/S. Lovasz).